Wenig Licht im Hilfswerkdschungel

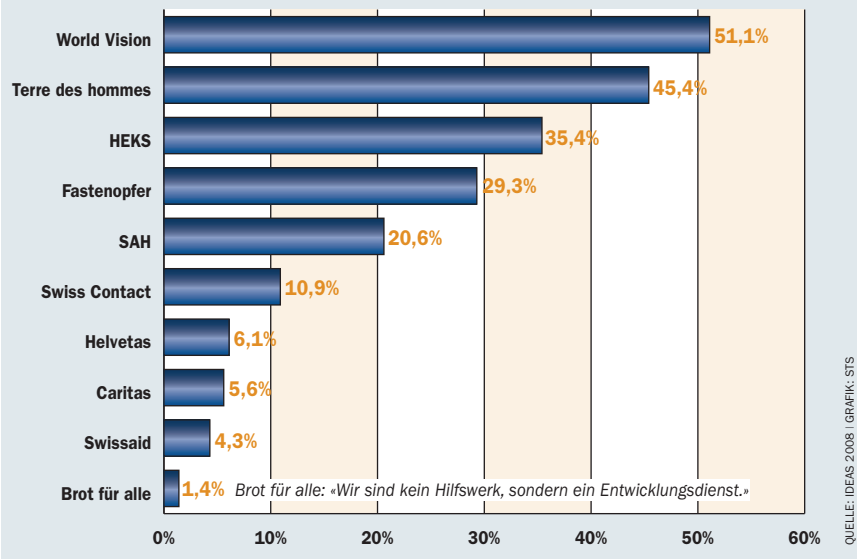
Die Konkurrenz zwischen den Hilfswerken wird immer grösser. Nicht aber deren Transparenz. Auf diesen Mangel weisen Entwicklungshilfeexperten hin und veröffentlichen erstmals eine Transparenz-Rangliste.

WINTERTHUR – Schweizerinnen und Schweizer erbringen die zweithöchsten Spenden in Europa. Noch spendefreudiger sind nur die Norweger. Rund 800 Millionen Franken fliessen hierzulande in einem durchschnittlichen Jahr in die Kassen der gemeinnützigen Organisationen. Doch der Verdrängungskampf auf dem Spendenmarkt wird härter. Internationale Hilfswerke wollen ebenfalls von der Schweizer Spendierfreude profitieren. Werbeausgaben in der Höhe von 20 Prozent der Spendeneinnahmen sind bei «World Vision» und anderen Organisationen ohne Zewo-Gütesiegel nicht selten der Fall. Die etablierten Hilfswerke geraten deshalb in Zugzwang. Um nicht unterzugehen, investieren sie immer stärker in den Marketingbereich.

Doch mehr Marketing ist nicht bei allen Hilfswerken gleichbedeutend mit mehr Information und Transparenz. Auf diesen Mangel macht jetzt die gestern präsentierte Studie von Entwicklungshilfeexperten des Vereins Ideas aufmerksam. Zum Autorenteam gehört neben Projektleiter Jan Stiefel, der für die Uno-Welternährungsorganisation FAO und für die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza) tätig war, unter anderen auch Jean-Max Baumer, emeritierter Professor für Volkswirtschaftslehre. Baumer war sowohl für Hilfswerke wie auch im Auftrag der Deza unterwegs.

Über die Nachhaltigkeit von Hilfsprojekten wird oft zu wenig informiert. Bild: key

TRANSPARENZ-RANGLISTE VON HILFSWERKEN



Das Fazit der Forscher, die hauptsächlich den Internetauftritt der Hilfswerke unter die Lupe genommen haben, ist ernüchternd: Der Informationswert der Homepage-Texte über die Hilfswerke sei gering und wird als «unbefriedigend» taxiert. Über die Wirkung, die Kosten, die Dauer, die Risiken und die Nachhaltigkeit der Projekte erfahre man in der Regel viel zu wenig. Zwar seien die Buchhaltungsangaben bei fast allen Hilfswerken detailliert angegeben, dennoch seien die Angaben zu wenig durchschaubar, «um Effizienz-Vergleiche in der Entwicklungszusammenarbeit anzustellen», sagen die Autoren. Bemerkenswert ist zudem, dass die Informationen der Hilfswerke anscheinend um so dürftiger sind, je höher der Anteil an Geldern der öffentlichen Hand (Deza) ist.

Hilfswerke reagieren empört

Ideas hat nun die «Schaufensterauslagen» der zehn grössten in der Nord-Süd-Hilfe tätigen Nichtregierungsorganisationen der Schweiz benotet und eine entsprechende Rangliste (siehe Grafik) veröffentlicht. Auf Platz eins findet man in Sachen Gesamttransparenz mit 51,1 Prozent-Punkten «World Vision». Doch selbst dieses Ergebnis wirkt bei einem «wünschenswerten Optimum» von 100 Prozent» eher bescheiden. Kommt dazu, dass Ideas letztlich nicht die Qualität der Entwicklungszusammenarbeit benotet, sondern «nur» die Transparenz. Darauf machen auch die Hilfswerke selber in ersten Stellungnahmen aufmerksam. Viele reagieren empört über die Rangliste. Das Vorgehen von Ideas sei «methodisch fragwürdig», meint beispielsweise Fastenopfer. Denn Websites liessen keine Beurteilung zu, «wie gut oder schlecht unsere Projekte gemanagt werden.» | *THOMAS MÜNZEL*

«Der Verein Ideas ist selber intransparent»

Die Kritik des Vereins Ideas punkto mangelnder Transparenz bei den Schweizer Hilfswerken zielt nicht nur auf die Hilfswerke selbst, sondern auch auf die Zewo, die schweizerische Zertifizierungsstelle für gemeinnützige Spenden sammelnde Organisationen. Die Zewo setzt sich laut eigenen Angaben für die Förderung von Transparenz und Lauterkeit im Spendenwesen ein. Doch genau da machen die Mitglieder von Ideas ihre Fragezeichen. Sie bemängeln die Bewertungskriterien von Zewo als nicht ausreichend. So fehle beispielsweise eine Informationsqualifikation. «Die Zewo hat viel zu wenig Biss», konstatiert Projektleiter Jan Stiefel von Ideas. Zewo-Geschäftsleiterin Martina Ziegerer weist diese Kritik energisch zurück und qualifiziert ihrerseits die Methoden von Ideas zur Erstellung der Top-Ten-Studie als «intransparent», «unseriös» und «unprofessionell». Man sei zwar bereits im letzten August mit den «unhaltbaren Ergebnissen der Studie konfrontiert worden», sagt Ziegerer. «Aber die Informationen zu den zu Grunde liegenden Kriterien und Bewertungsmethoden verweigerte man uns und verwies dabei auf den Urheberschutz.» Ziegerer stellt zudem in Abrede, dass bei den Hilfswerken zu wenig Transparenz herrsche. «Die entscheidenden Informationen findet man in den nach modernsten Grundsätzen erstellten Jahresberichten und revidierten Jahresrechnungen.» *(tm)*

IDEAS: HILFT DIE ENTWICKLUNGSHILFE?

Der Verein Ideas («Independent Development Experts Association») wurde 1994 gegründet und hat seinen Sitz in Winterthur. Unabhängige Entwicklungsexperten nehmen sich darin die Sicherung und Steigerung von Qualität, Transparenz und Akzeptanz der Entwicklungszusammenarbeit sowie die Belebung der entwicklungspolitischen Diskussion zum Ziel. Ideas will nach eigenen Angaben entwicklungspolitische Fragen neu stellen und der Öffentlichkeit nahebringen. *(tm)*

Mehr Druck auf die Strompreise

BERN – Die Energiekommission (Urek) des Nationalrats erhöht den Druck gegen steigende Strompreise. Mit 11 zu 0 Stimmen bei 7 Enthaltungen hat die Urek gestern beschlossen, ein entsprechendes Postulat einzureichen. In einigen Punkten schliesst sie sich der Urek des Ständerates an. So soll die Unabhängigkeit der nationalen Netzgesellschaft (Swissgrid) von der Stromwirtschaft gestärkt werden.

Zudem soll künftig die Elektrizitätskommission (ElCom) direkte Verwaltungssanktionen in Form von Bussen verhängen können. Und sie soll die Netznutzungstarife und -entgelte sowie die Stromtarife anhand von Vergleichsverfahren prüfen. Die Reserveenergie soll künftig zu Gestehungskosten oder zu regulierten Preisen mit Einbezug der Verursacher bereitgestellt werden. Dies bedeutet eine Verankerung der bereits auf Verordnungsstufe dringend verlangten Massnahmen auf Gesetzesstufe. Zudem fordert das Postulat eine regelmässige Berichterstattung über die Abgaben und Leistungen an die Gemeinwesen. *(sda)*

8000 legten die Arbeit nieder

LAUSANNE – Rund 8000 Waadtländer Kantonsangestellte haben gestern erneut gegen die neue Lohnskala des Kantons gestreikt. Auf den Strassen Lausannes protestierten Mitarbeitende des Universitätsspitals, des Strassenverkehrsamts sowie Lehrpersonal und Bibliothekare. Sie riefen «Lohnentwertung – nein!» und buhten den Finanzdirektor aus.

Etwa 300 Angestellte des Universitätsspitals hatten sich bereits gestern Morgen am Sitz des Grossen Rats in Lausanne versammelt, um den Politikern ihren Unmut kundzutun. Im Spital wurde ein minimaler Dienst aufrechterhalten. Laut Mitteilung der Spitaldirektion führte der Streik zu keinerlei Störung der Notdienste und der Chirurgie. Gestreikt wurde nach Angaben der Gewerkschaften auch an einem Grossteil der Schulen im Kanton. Zur Kundgebung am Nachmittag vor dem Lausanner Sitz des Finanzdirektors und Regierungspräsidenten Pascal Broulis (FDP) brachten die Protestierenden eine Pinocchio-Nase aus Karton mit und legten sie vor die Tür seines Departements. Der Protest soll in den kommenden Tagen in einzelnen Berufssektoren fortgesetzt werden. *(ap)*

IN KÜRZE

Ungefährlicher Asbest

BERN – Die Gesundheit der WK-Soldaten, die Ende Oktober Mahlzeiten in einem Raum mit Asbest eingenommen haben, war nicht gefährdet, lautet das Ergebnis einer Untersuchung des Verteidigungsdepartementes (VBS). Die Messungen der Suva hätten ergeben, dass der Asbestgehalt der Luft unterhalb der Nachweisgrenze gelegen habe.

Weltlicher Rektor

ENGELBERG – Erstmals in der über 150-jährigen Geschichte steht der Stiftsschule des Klosters Engelberg ein weltlicher Rektor vor. Abt Berchtold Müller hat den 41-jährigen Doktor der Philosophie Thomas Ruprecht zum Rektor ernannt. Im Benediktinerkloster führte bisher immer ein Mönch die Schule.

Moderne Hufschmiede

SCHÖNBÜHL – Der Beruf des Hufschmieds wird ab 2009 auf eine neue Basis gestellt. Erstmals erhalten Lehrlinge eine eigene Grundausbildung. Damit will der Bund der wachsenden Bedeutung und der veränderten Tätigkeit der Hufschmiede Rechnung tragen und den Beruf modernisieren. 75 Prozent der Hufschmide bildet die Armee aus. *(sda)*

Die Bundesanwaltschaft verteidigt sich

Die Bundesanwaltschaft will künftig die Öffentlichkeit offensiver informieren. Damit reagiert sie auf die schlechte Presse, die sie zuletzt oft hatte.

BERN – Das Bundesstrafgericht in Bellinzona, die Verteidiger von Angeklagten oder Politiker wie alt Bundesrat Christoph Blocher und der Thurgauer SVP-Nationalrat J. Alexander Baumann: Die Liste derjenigen, die die Arbeit der Bundesanwaltschaft kritisieren, ist lang. Und auch in den Medien kommt die Strafverfolgungsbehörde oft nicht gut weg.

Zumindest Letzteres soll sich nun ändern. Die Bundesanwaltschaft will die Medien künftig offensiver informieren – auch um in Prozessen gegenüber der oft mediengewandt operierenden Verteidigung nicht ins Hintertreffen zu geraten. Den Start machte die Bundesanwaltschaft gestern. Sie führte erstmals ein Mediengespräch durch, welches künftig jedes Jahr stattfinden soll. Bundesanwalt Erwin Beyeler dämpfte aber gleich allenfalls zu hohe Erwartungen. Der Grundkonflikt, dass Journalisten an Information und Öffentlichkeit interessiert seien, eine Strafverfolgung aber im Grundsatz unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinden müsse, bleibe immer bestehen. Mitarbeiter der Bundesanwaltschaft kämen gewissermassen vom Saturn, Journalisten vom Jupiter, sagte der Stellvertretende Bundesanwalt Ruedi Montanari. Während die Bundesanwaltschaft bei der Informationspolitik also Verbesserungspotenzial sieht, wähnt sie sich bei ihrer Haupttätigkeit auf gutem Weg.

So würden beispielsweise 28 von 30 Personen, welche die Bundesanwaltschaft ans Bundesstrafgericht überweist, auch tatsächlich verurteilt. Dass Verfahren oft sehr lange dauerten, habe mit der Komplexität der Fälle zu tun. Beyeler räumte aber ein, dass nach der Ausweitung der Zuständigkeiten der Bundesanwaltschaft im Jahr 2002 vieles nicht sofort geklappt habe. «Das ist wie bei neuen Reben. Da dauert es auch seine Zeit, bis guter Wein geerntet werden kann.» | *MICHAEL BRUNNER*

Für Bundesanwalt Montanari sind Journalisten von einem anderen Stern. Bild: key

Gegen Aktenvernichtung gewehrt

Die Bundesanwaltschaft war mit der Aktenvernichtung im Fall der mutmasslichen Atomschmuggler-Familie Tinner nicht einverstanden. Dies sagte Bundesanwalt Erwin Beyeler gestern beim Mediengespräch. Die Aktion vor rund einem Jahr hatte einen ziemlichen Wirbel ausgelöst. Der Bundesrat behauptete, er habe die Aktenvernichtung anordnen müssen, um nicht gegen den Atomwaffensperrvertrag zu verstossen. Kritiker glauben, dass die USA Druck gemacht haben. Sie wollten demnach verhindern, dass bekannt wird, welche Rolle die CIA im Fall spielte. Beyeler bestätigte auch, dass Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf, die am Schredder-Entscheid noch nicht beteiligt gewesen war, erfolglos einen Wiedererwägungsantrag gestellt hatte. Das war bisher nur gerüchteweise bekannt.

Sollte der Bundesrat gehofft haben, dass die Ermittlungen nach der Schredderaktion eingestellt werden, hat er die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Die Bundesanwaltschaft will auf Basis der verbleibenden Akten weitermachen, wie Beyeler gestern sagte. Er wollte dies nicht als Trotzreaktion verstanden wissen, räumte aber ein, dass die Ermittlungen nun schwieriger würden. Die Verteidigung könne behaupten, die zerstörten Akten hätten Informationen enthalten, die ihre Mandanten entlastet hätten. *(sda/mbr)*